

**WISSENSCHAFT IM
WAHLJAHR 2024**
SÄCHSISCHE
PARTEIPOSITIONEN IM VERGLEICH

BEREICH HOCHSCHULE UND FORSCHUNG
GEW SACHSEN



VORWEG

Liebe Leserinnen und Leser,

schön, dass Ihr Euch für die GEW und die kommenden Landtagswahlen interessiert!

LANDESPOLITIK

Der Freistaat Sachsen, welcher durch den sächsischen Landtag und die Staatsregierung repräsentiert wird, ist für uns Hochschulangehörige im doppelten Sinne ein wichtiger Bezugspunkt: er fungiert sowohl als Arbeitgeber, als auch als Gesetzgeber.

Es werden kaum Entscheidungen innerhalb der Hochschulen getroffen, die keinen Bezug zur Landespolitik haben, sei es bei der Mittelverteilung, bei der Gewährleistung guter Arbeit, in Form der Mitbestimmungsstruktur oder des Studienangebots.

GEWERKSCHAFT

Für die Landtagswahl am 1. September in Sachsen haben wir deshalb bei den Landesverbänden der demokratischen Parteien CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und BSW nachgefragt, wie sie zu den landespolitischen Positionen der GEW im Hochschulbereich stehen.

Mit unseren Fragen und der Veröffentlichung der Antworten möchten wir als Hochschulgewerkschaft unsere Mitglieder und die interessierte Hochschulöffentlichkeit bei der Wahlentscheidung unterstützen.

Wir bedanken uns bei den Parteien für ihre Antworten. Die Partei BSW hat uns leider keine Antworten zur Verfügung gestellt.

In den Tabellen unterhalb der Parteiantworten haben wir farblich kenntlich gemacht, inwiefern die Position der Partei aus unserer Sicht zur Position der GEW passt.

WIR WÄHLEN KEINE NAZIS

Euch wird auffallen, dass wir die AfD nicht in unsere Wahlprüfsteine aufgenommen haben. Auch wenn die Entscheidung zum Umgang mit der AfD nie leicht fällt, sind wir der Überzeugung, dass wir nicht zu einer weiteren Normalisierung von Rechtsradikalen in deutschen Parlamenten beitragen wollen, indem wir ihnen hier eine Plattform bieten.

Wir bitten Euch: Geht wählen und überzeugt viele Menschen in eurem Umfeld auch wählen zu gehen. Auch die Zukunft der Hochschulen hängt davon ab, welche Parteien im nächsten sächsischen Landtag wie stark vertreten sind.

Euer

Bereichsvorstand und Referat

Hochschule und Forschung
GEW Sachsen

PS: Wer uns als Wissenschaftsgewerkschaft unterstützen möchte, kann gerne beitreten. Und wer schon beigetreten ist, kann sich gerne an uns wenden, um eine Hochschulgruppe zu gründen! Die Kontaktdaten findet ihr im Impressum.

PPS: Wir Gewerkschafter*innen Duzen uns. Natürlich sind aber auch alle Kolleg*innen angesprochen, mit denen wir noch nicht beim 'Du' sind :)

INHALTSVERZEICHNIS

A) BESCHÄFTIGTE	4
- GUTE ARBEIT UND GUTE LEHRE HAND IN HAND	
B) LEHRER:INNENBILDUNG	9
- FÜR EINE NACHHALTIGE LEHRKRÄFTEAUS- UND FORTBILDUNG	
C) STUDIERENDE	11
- UNSERE ZUKUNFT	
D) MITBESTIMMUNG	14
- DAMIT'S GUT FÜR ALLE WIRD	
ÜBERSICHT	17
IMPRESSUM	18
11 GUTE GRÜNDE FÜR DIE GEW	19

A) BESCHÄFTIGTE - GUTE ARBEIT UND GUTE LEHRE HAND IN HAND

Die GEW fordert mit Ihrem Entwurf zum WissZeitVG die Befristung von Stellen nach der Promotion an eine zwingende Anschlusszusage bei Zielerreichung nach sechs Jahren zu knüpfen. Würden Sie dies in Sachsen anstreben?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Wir setzen uns für die Anschlusszusage ein, damit wissenschaftliche Karrieren planbar sind.

Ja. Die Linke setzt sich für planbare Karrierewege in der Wissenschaft auch neben der Professur ein.

BSW

CDU

Nein.

SPD

Die SPD setzt sich für eine weitere Aufhebung der Tarifsperre in der Wissenschaft ein, damit tarifvertragliche Regelungen zur Anschlusszusage zwischen Arbeitsgebern und Gewerkschaften ausgehandelt werden können.

Postdoc-Befristung nur mit Anschlusszusage	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Nein	Ja	k.k.A.

Wie hoch sollte Ihrer Meinung nach der Gesamtanteil in Vollzeitäquivalenten der befristeten Stellen inklusive Drittmittelstellen beim akademischen Personal ohne Professor:innen sein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Eine prozentuale Angabe ist nicht ziel- und sachgerecht, die anfallenden Aufgaben sollen im Rahmen guter und planbarer Beschäftigungsverhältnisse ausgeübt werden können.

Hochschulen und andere Einrichtungen, die in den Geltungsbereich des WissZeitVG fallen, sollen zu unbefristeter Beschäftigung verpflichtet sein, wenn dem betreffenden Personal überwiegend Daueraufgaben übertragen werden und kein Befristungsgrund nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz vorliegt.

BSW

CDU

Dies sollte die Hochschule in ihrer eigenen Zuständigkeit im Sinne der Freiheit von Forschung und Lehre selbst regeln.

SPD

Die SPD möchte 450 zusätzliche Dauerstellen an Hochschulen schaffen und die Quote der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse bei den hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter:innen (ohne drittmittelfinanziertes Personal) auf über 45 Prozent anheben.

Befristungsanteil Mittelbau	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	k.k.A.		k.A.*	k.k.A.	55% ohne DrM

k.k.A. - keine konkrete Angabe, * Hochschulen sollen dies in Eigenverantwortung regeln

Drittmittel stammen zu ca. 85 % wie Haushaltsmittel aus öffentlichen Geldern des Bundes und der Länder. Streben Sie eine signifikante Verlagerung weg von Drittmitteln hin zu mehr Haushaltsmitteln bei der Finanzierung der sächsischen Hochschulen an?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir brauchen eine aufgaben- und bedarfsgerechte Grundfinanzierung unserer Hochschulen, um weiterhin ein attraktiver Hochschulstandort zu sein.

Ja. Hochschulen sollen nicht wie Unternehmen agieren müssen, sondern Orte einer allseitigen, demokratischen Bildung sein, wofür der Freistaat mit einer auskömmlichen Grundfinanzierung sorgen muss.

SPD

Wir streben Planbarkeit für Hochschulen und Wissenschaftler:innen an: Mit der Zuschussvereinbarung wird erneut eine verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen abgesichert, diese wollen wir nach Möglichkeit jährlich um 3,5 Prozent steigern sowie 450 zusätzliche Dauerstellen ausbringen, damit Dauerstellen für Daueraufgaben bereitstehen.

BSW

CDU

Nein.

Mehr Haushaltsmittel statt Drittmittel

B90/ DIE GRÜNEN

BSW

CDU

DIE LINKE

SPD

k.A.

Nein

Ja

k.A.

Wird unter ihrer Führung das Lehrstuhlprinzip hin zum Departementprinzip umgebaut?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir unterstützen die stärkere Unabhängigkeit der Wissenschaftler*innen neben der Professur, wie zum Beispiel beim Departementprinzip und wollen tradierte Organisationsstrukturen überprüfen.

Ja. Die Departmentstruktur hat viele Vorteile – mehr Attraktivität von Karrierewegen und Stellen, mehr Dynamik bei Forschungsthemen, verlässlichere Strukturen für eine dauerhaft große Zahl von Studierenden, positive Effekte auf Hierarchien in der Wissenschaft sowie hinsichtlich der Trennung von Forschung und Lehre.

SPD

Ja, bereits mit der letzten Novelle des Hochschulgesetzes wurde dafür die Grundlage gelegt, da nunmehr die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter:innen in der Regel einer Fakultät oder Zentralen Einrichtung zugeordnet werden.

BSW

CDU

Nein

Departmentprinzip

B90/ DIE GRÜNEN

BSW

CDU

DIE LINKE

SPD

Ja

Nein

Ja

Ja

A) BESCHÄFTIGTE - GUTE ARBEIT UND

GUTE LEHRE HAND IN HAND

Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfBA) im sprach-, sport- und laborpraktischen Bereich klagen über das zu hohe Lehrdeputat von bis zu 24 SWS. Wie hoch soll aus Ihrer Sicht das Lehrdeputat für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfBA) maximal sein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Das Lehrdeputat sollte grundsätzlich aufgabengerecht und zur Sicherung guter Lehrleistungen und Arbeitsbedingungen geeignet sein, unter diesen Voraussetzungen ist insbesondere das Deputat der LfBA deutlich abzusenken.

BSW

CDU

Dies sollte die Hochschule im Zuge der Eigenverantwortung regeln.

Wir setzen uns für eine Lehrverpflichtung von maximal 18 Lehrveranstaltungsstunden pro Woche ein. Das sichert Lehrkräften für besondere Aufgaben mehr Zeit-Ressourcen.

SPD

Eine Absenkung auf 20 Lehrveranstaltungsstunden (LVS) sollte für die LfBA im sprach-, sport- und laborpraktischen Bereich angestrebt werden; sofern weitere Dienstaufgaben hinzukommen, sollten 14 LVS vorgesehen werden.

Lehrdeputat LfBA	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	k.k.A.		k.A.	18	20 bzw. 14

Wie hoch soll aus Ihrer Sicht das Lehrdeputat für Lektor*innen maximal sein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN CDU

Das Lehrdeputat der Lektor*innen befindet sich mit der derzeitigen Regelung an der Obergrenze und sollte in der gelebten Praxis intensiv beobachtet werden, um notwendige Veränderungen, zur Sicherung einer guten Lehrpraxis, aber auch der eigenständigen Entwicklungspotenziale der neuen Beschäftigungskategorien, zügig einleiten zu können.

BSW

Dies sollte die Hochschule im Zuge der Eigenverantwortung regeln.

DIE LINKE

Hier streben wir eine Obergrenze von 12 Semesterwochenstunden an.

SPD

Die SPD möchte die Lehrverpflichtung für Lektor:innen an Universitäten im Schwerpunkt Lehre auf 8 bis 12 LVS und im Schwerpunkt Forschung auf 4 bis 8 LVS festzusetzen.

Lehrdeputat Lektor*innen	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	k.k.A.		k.A.	12	12

An sächsischen Universitäten werden LfbA rechtsfremd in großem Ausmaß in der wissenschaftlichen Lehre beschäftigt. Sofern Sie dem als Landesregierung begegnen mögen, bis wann werden Sie die Beschäftigung von LfbA zur wissenschaftlichen Lehre abstellen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Die Definition des Aufgabenbereichs der LfbA ist hinreichend scharf und muss bei der Rechtsanwendung zwingend beachtet werden.

BSW

CDU

Dies sollte die Hochschule in ihrer eigenen Zuständigkeit im Sinne der Freiheit von Forschung und Lehre selbst regeln. Aus unserer Sicht bestehen ausreichend Möglichkeiten, auftretende Probleme in den Gremien der Hochschule zu diskutieren und zu lösen.

Die Linke wird sich umgehend nach der Landtagswahl für bessere Arbeitsbedingungen für die LfbA einsetzen, denn der Mehraufwand wissenschaftlicher Lehre (Vor- und Nachbereitung, Korrigieren von Belegarbeiten, ...) führt zu Mehrbelastung bei den Mitarbeitenden und wirkt sich auf die Qualität von Studium und Lehre aus.

SPD

Die mit der letzten Novelle des Hochschulgesetzes sowie der neu gefassten Hochschuldienstaufgabenverordnung veranlassten Änderungen müssen zeitnah zur Anwendung kommen, ebenso die verbindlich zu erstellenden Personalentwicklungskonzepte. Als SPD Sachsen streben wir zudem eine Überprüfung der Personalstruktur an, in diesem Zuge ist auch die beschriebene Situation zu überprüfen.

Rechtsfremde LfbA-Beschäftigung abschaffen	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	k.k.A.		k.A.	k.k.A.	k.k.A.

An den Hochschulen wird grundständige Lehre oft über Lehraufträge erbracht, was im Widerspruch zum SächsHSG steht. Die GEW Sachsen kritisiert hierbei, dass neben der beruflichen Unsicherheit auch die Einzahlung in die Rentenkasse schwierig ist. Werden Sie dafür sorgen, dass den betroffenen Beschäftigten reguläre TVL- Arbeitsverträge angeboten werden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Daueraufgaben sollen von dauerhaft Beschäftigten ausgeübt werden, Lehraufträge sollten nicht zur Absicherung der grundständigen Lehre erteilt werden, sondern zur Gewinnung von anderweitig beschäftigten Praktiker*innen oder im Nebenerwerb sowie faire und rechtssichere Beschäftigungsbedingungen garantieren.

BSW

CDU

Nein

Ja. Unsere Fraktion hat beispielsweise einen Antrag zur Lage der Lehrbeauftragten an den Kunst- und Musikhochschulen eingebracht, mit dem wir uns den Forderungen der Initiative „Faire Lehre“ anschließen und fordern, dass grundständige Lehre nicht durch Lehraufträge, sondern durch die Begründung von Arbeitsverhältnissen wahrgenommen werden muss.

SPD

Daueraufgaben wie Studium und Lehre sind durch Dauerstellen abzusichern[...]. Gleichwohl muss betrachtet werden, dass der nebenberufliche Lehrauftrag zur sinnvollen und praxisorientierten Ergänzung des Lehrangebotes beiträgt.

Lehrbeauftragte zu Tarifbeschäftigten	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	(Ja)		Nein	Ja	k.A.

A) BESCHÄFTIGTE - GUTE ARBEIT UND GUTE LEHRE HAND IN HAND

Studentisch Beschäftigte arbeiten in Hochschulen im Niedriglohnsektor. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass SHK/WHK entsprechend der Rechtsprechung tatsächlich nur noch dort eingesetzt werden, wo sie Forschung und Lehre direkt unterstützen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Wir stehen für gute und planbare Beschäftigungsbedingungen für alle Beschäftigten des Freistaates, dazu gehört die strikte Anwendung geltenden Rechts, insbesondere für besonders schutzwürdige Beschäftigte wie SHK und WHK.

Ja. Studentische, künstlerische und wissenschaftliche Hilfskräfte tragen im Wesentlichen zur Aufrechterhaltung des wissenschaftlichen Betriebes an den sächsischen Hochschulen bei – sie haben das Recht auf gute Lohn und Arbeitsbedingungen und tarifliche Absicherung.

BSW

SPD

CDU

Dies sollte die Hochschule im Zuge der Eigenverantwortung regeln.

Ja.

SHK/WHK nur für Forschung und Lehre	B90/DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Nein*	Ja	Ja

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich die Entlohnung von SHK/WHK am Höchstsatz der Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder orientiert?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Ja, die Vereinbarung muss umgesetzt werden.

Ja. Unsere Fraktion hat im Landtag die Staatsregierung aufgefordert, einen TV-Stud einzuführen.

BSW

SPD

CDU

Dies sollte die Hochschule im Zuge der Eigenverantwortung regeln.

Ja. Und darüber hinaus unterstützen wir die Initiativen zur Einführung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte (TVStud).

SHK/WHK-Lohn am Höchstsatz orientieren	B90/DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		k.A.*	Ja	Ja

B) LEHRER:INNENBILDUNG - FÜR EINE NACHHALTIGE LEHRKRÄFTEAUS- UND FORTBILDUNG

Die GEW Sachsen tritt für ein Landeslehrkräftebildungsgesetz ein, um die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen für eine nachhaltige Aus- und Fortbildung von Lehrkräften festzuschreiben. Unterstützen Sie dieses Anliegen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja. Wir BÜNDNISGRÜNE sind die einzigen, die im Landtag je ein Lehrkräftebildungsgesetz vorgelegt haben – auch wenn wir dies zuletzt nicht im Koalitionsvertrag 2019-2024 verankern konnten.

BSW

CDU

Nein. Gleichwohl sehen wir Veränderungsbedarf im Bereich der Lehramtsausbildung, die wir in der

kommenden Legislaturperiode besprechen und strukturell angehen wollen, um den Studienerfolg im Hinblick auf den bestehenden Bedarf zu verbessern.

DIE LINKE

Eine Reform der Lehrkräfteausbildung ist dringend notwendig und kann anhand der Erarbeitung eines Landeslehrkräftegesetzes angegangen werden.

SPD

Ja, mit einem Lehrkräftebildungsgesetz wollen wir als SPD Sachsen den rechtlichen und strukturellen Rahmen setzen.

Lehrer*innenbildungsgesetz einführen	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Nein	Ja	Ja

Angesichts der seit langem bestehenden Probleme in der Unterrichtsversorgung fordert die GEW Sachsen einen Wechsel von einer schulartspezifischen Lehrkräfteausbildung (wie derzeit Lehramt Grundschule 1 -4, Oberschule 5 -10, Gymnasium 5-12) hin zu einer Schulstufenausbildung (Primarstufe für 1 -4/6 und eine Sekundarstufenausbildung für SEK I und II von 5 - 12) als einer Möglichkeit für den breiteren und flexiblen Einsatz der ausgebildeten Lehrkräfte. Würden Sie dies für alle Lehrer*innenbildungsstätten umsetzen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja. In unserem Gesetzentwurf sehen wir Lehrämter für die Grundstufe (1-6), die Sekundarstufe (5-12) sowie für inklusive Pädagogik vor (neben inklusionspädagogischen Pflichtmodulen in allen Lehrämtern), sind aber auch offen für Modellstudiengänge, etwa die Kombination eines Fachs in der Sekundarstufe mit einem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt.

BSW

CDU

Nein. Zunächst sollten die Ergebnisse der Modellstudiengänge bewertet werden, um Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der

Lehramtsausbildung ziehen zu können.

DIE LINKE

Ja. Grundsätzlich wollen wir vieles in der Lehrkräfteausbildung ändern – die Ausbildung nach Schulstufen gehört für uns dazu wie ein höherer Praxisanteil, damit Lehrkräfte flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind.

SPD

Ja, die SPD Sachsen setzt sich für einen Wechsel zur Stufenausbildung im Lehramt ein, genau deshalb haben wir in dieser Legislatur für die Einführung der Modellstudiengänge Stufenlehramt in Leipzig und Primarstufe plus in Chemnitz gesorgt.

Stufenausbildung im Lehramt	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Nein	Ja	Ja

B) LEHRER:INNENBILDUNG - FÜR EINE NACHHALTIGE LEHRKRÄFTEAUS- UND FORTBILDUNG

Die Zentren für Lehrkräftebildung an den Universitäten müssen aus Sicht der GEW finanziell gestärkt und inner- sowie außeruniversitär zu den bestimmenden Kompetenzzentren für die phasenübergreifene Lehrkräfteaus- und fortbildung ausgebaut werden. Dadurch würden die Phasen Studium, Referendariat und Berufsausübung hinsichtlich Curricula, Ablauf und Fortbildungsbedarf besser miteinander verzahnt werden. Stimmen Sie dem zu?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Lehramtsausbildung aus einem Guss und eine Stärkung der Zentren für Lehrkräftebildung, damit diese eine zentrale, auch koordinierende Funktion wahrnehmen können; auch der Erprobung dualer Modellstudiengänge im Lehramt stehen wir offen gegenüber.

BSW

CDU

Die Stärkung der Zentren für Lehrerbildung sehen wir auch als sinnvoll an. Über die Ausgestaltung und die notwendigen Rahmenbedingungen wollen wir uns in der kommenden Legislaturperiode verständigen.

DIE LINKE

Ja. Wir setzen uns für eine Neustrukturierung der Lehramtsausbildung ein – sie sollte in die Phasen Studium,

Berufseinstieg und Weiterbildung umstrukturiert werden. Wobei die Prüfungs- und Arbeitslast sinken muss. Die starre Fächerkultur im Lehramtsstudium sollte enden, um durch transdisziplinäre Herangehensweisen besser aufgestellt zu sein. Fachwissenschaft und Fachdidaktik sollen aufeinander aufbauen – denn Didaktik ist in der Wissensvermittlung keine Nebensache.

SPD

Im Grundsatz, ja. Innerhalb der Hochschulen wurden die Zentren für Lehrkräftebildung und Bildungsforschung mit der letzten Hochschulgesetznovelle aufgewertet. Diese veränderte Stellung muss nunmehr Einzug in die Lehr- und Forschungspraxis halten und in angemessener Zeit einer Überprüfung unterzogen werden, um hier im Bedarfsfall nachzusteuern und eine weitere Aufwertung vorzunehmen. Mit der Gründung eines Landesinstituts für Schulentwicklung sollen die Schulen begleitet und zum wechselseitigen Transfer neuester Erkenntnisse in Bildungsforschung, Schulpraxis und Lehrer:innenbildung in allen drei Phasen beigetragen werden.

Zentren für Lehrer*innenbildung stärken	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Ja	Ja	Ja

Die Lehrkapazitäten in den ländlichen Schulen sind stark begrenzt. Werden Sie dem Problem begegnen, indem Sie dafür sorgen, dass das Land zukünftig die Kosten der Unterkunft für jene Studierende übernimmt, die in Bedarfsregionen ihr Schulpraktikum absolvieren?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja. Mit dem Programm „Perspektive Land“ existiert bereits ein Unterstützungssystem, das auch finanzielle Zuschüsse für Praktika im ländlichen Raum bzw. sächsischen Bedarfsregionen umfasst – wir wollen das Förderbudget erhöhen, die Förderkonditionen anpassen und auch eine finanzielle Unterstützung bei der Wahrnehmung schulpraktischer Übungen an einer Schule im ländlichen Raum ermöglichen.

BSW

CDU

Nein. Wir unterstützen im Bereich des Referendariats bereits mit entsprechenden Zuschüssen, sofern sich Studenten für einen Einsatz im ländlichen Raum entscheiden.

DIE LINKE

Ja, Lehramtsstudierende sollen in den Praxisphasen in ländlichen Raum stärker finanziell unterstützt werden (z.B.: Bereitstellung von Wohnraum und Erstattung von Fahrtkosten).

SPD

Wir werden Bedarfe und weitere Anreize prüfen. Für die SPD gehören sowohl die Studieninhalte wie das Referendariat auf den Prüfstand – mehr Bildungspraxis, weniger Fachwissenschaft sowie die Integration des Referendariats ins Studium und eine frühzeitige Praxiserfahrung und Möglichkeit zum Teamteaching sind unser Ziel.

Praktikumskosten für Lehramtsstudierende in Bedarfsregionen übernehmen

B90/ DIE GRÜNEN

Ja

BSW

CDU

Nein

DIE LINKE

Ja

SPD

k.A.

C) STUDIERENDE - UNSERE ZUKUNFT

Setzen Sie sich für die Abschaffung aller Studiengebühren (z. B. Langzeit- und Zweitstudiengebühren) ein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, denn Studiengebühren sind sozial ungerecht und fördern nicht den Studienerfolg.

BSW

CDU

Nein.

DIE LINKE

Ja, Bildung ist Menschenrecht und darf nicht vom eigenen Geldbeutel oder dem der Eltern abhängen.

SPD

Ja, wir streben ein gebührenfreies Studium an und wollen die Langzeitstudiengebühren sowie Studiengebühren für Nicht-EU-Staatsbürger:innen abschaffen.

Abschaffung aller Studiengebühren

B90/ DIE GRÜNEN

Ja

BSW

CDU

Nein

DIE LINKE

Ja

SPD

(Ja)

C) STUDIERENDE - UNSERE ZUKUNFT

Die Akkreditierung von Studiengängen ist ein geeignetes Instrument, um unter externer Beteiligung die Qualität zu stärken und Missstände aufzudecken. Sollte es aus Ihrer Sicht eine Pflicht zur Akkreditierung aller Studiengänge, sei es im Rahmen der Programm- als auch der Systemakkreditierung geben? Sollte dies analog auch die Staatsexamensstudiengänge einschließen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir befürworten eine Akkreditierungspflicht und unterstützen alle Maßnahmen die verbindlich zur Qualitätssicherung beitragen, dies sollte auch für Staatsexamensstudiengänge gelten.

BSW

CDU

Nein

Ja. Um die Qualität des Studiums zu sichern, plädieren wir dafür, eine Akkreditierungspflicht des Lehrangebotes auch in Sachsen einzuführen.

SPD

Ein höherer Grad an Verbindlichkeit bei der Qualitätssicherung der sächsischen Studienangebote ist erstrebenswert, hierbei kann eine Pflicht zur Akkreditierung helfen. Da die Akkreditierung vorrangig ein Instrument der Qualitätssicherung in gestuften Studiengängen ist, sollten Staatsexamensstudiengänge beim hochschulinternen Qualitätssicherungssystem Berücksichtigung finden und diese somit auch regelmäßig Bestandteil von Systemakkreditierungen sein.

Akkreditierungspflicht einführen, inkl. Staatsexamina	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja, Ja		Nein	Ja, Ja	(Ja), Ja

Die GEW Sachsen spricht sich für eine Flexibilisierung der Anzahl von Prüfungsversuchen aus, um Prüfungsangst zu begegnen und den Druck für die Studierenden zu reduzieren. Werden Sie sich für eine Erhöhung der Anzahl der Prüfungsversuche einsetzen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die geeignet sind den Studienerfolg zu erhöhen und Studienabbrüche bestmöglich zu vermeiden.

BSW

CDU

Nein

Ja, wir fordern, dass die Begrenzung von Prüfungsversuchen im Hochschulgesetz abgeschafft wird.

SPD

Mit der letzten Hochschulgesetznovelle wurde die Erprobung von Reformmodellen – auch im Bereich der Prüfungsversuche – zugelassen. Dies gilt es jetzt in der Praxis zu testen und bei Bedarf nachzusteuern.

Mehr Prüfungsversuche	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	k.A.		Nein	Ja	k.A.

Damit die Studierendenwerke auch in Zukunft die soziale Infrastruktur der Hochschulen bereitstellen und damit Chancengerechtigkeit herstellen können, fordert die GEW Sachsen eine verlässliche Finanzierung der Studierendenwerke für die Erhaltung und Modernisierung der sozialen Infrastruktur, d.h. für die Wohnheime und Verpflegungseinrichtungen sowie für die sozialen Dienste. Im Jahr 2023 hatten die sächsischen Studierendenwerke ein Defizit von 12 Mio Euro. In welcher Höhe sollen aus Ihrer Sicht die Landeszuschüsse angehoben werden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Die notwendigen Bedarfe müssen im Dialog mit den Studierendenwerken ermittelt werden, um dann eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Studierendenwerke entsprechend ihrer Aufgaben umzusetzen

BSW

CDU

Die Finanzierung der sächsischen Studentenwerke unterstützen wir als Freistaat Sachsen bereits in hohem Maße. Wir sehen, auch mit Blick auf die Gesamtverantwortung für den sächsischen Landeshaushalt derzeit keine strukturellen Defizite. Wir haben die Studentenwerke auch in schwierigen Situation, wie der Corona-Pandemie, mit erheblichen Mitteln unterstützt und werden uns auch weiterhin für deren Bestand und Fortentwicklung einsetzen.

Die Landeszuschüsse müssen sich am Bedarf der Studierendenwerke ausrichten und flexibilisiert werden, denn Preissteigerungen und Tarifentwicklungen betreffen auch die Studierendenwerke. Wir wollen verhindern, dass dies auf die Studierenden umgelegt wird.

SPD

Mit einer sechsjährigen Zuschussvereinbarung für die Studierendenwerke wollen wir Planungssicherheit schaffen. Dabei ist es unser Ziel, die Zuschüsse weiter anzuheben, um für stabile Semesterbeiträge zu sorgen. Zudem setzen wir auf weitere Investitionen in Wohnheime, um sozialen Wohnraum zu sanieren und neu zu schaffen.

Mehr Zuschüsse für Studierendenwerke	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	k.k.A.		k.A.	k.k.A.	k.k.A.

Fordern Sie, genauso wie die GEW, eine verpflichtende Mindestvergütung für dual Studierende in Sachsen? Wenn ja, in welcher Höhe?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **DIE LINKE**

Wir halten eine gesetzliche Mindestvergütung für sinnvoll, mit der Mindestausbildungsvergütung nach BBiG oder dem „Thüringer Modell“ liegen Diskussionsgrundlagen vor.

BSW

CDU

Nein

Ja, eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % des tariflich gezahlten Entgelts steht für uns an oberster Stelle. Dies ist notwendig, denn die Ausbildungsvergütungen sind selbst in Schlüsselbranchen des sozial-ökologischen Wandels deutlich zu niedrig.

SPD

Ja, die dual Studierenden wollen wir mit einer existenzsichernden Mindestvergütung und gängigen Schutzrechten analog dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) besser absichern. Orientierungsmaßstab für die Mindestvergütung soll das BAföG-Höchstsatz sein, unterste Grenze die Mindestausbildungsvergütung gemäß BBiG.

Mindestvergütung für Dual Studierende	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja, k.A.		Nein	Ja, 80%TV	Ja, BAföG

D) MITBESTIMMUNG - DAMIT'S GUT FÜR

ALLE WIRD

Setzen Sie sich, genauso wie die GEW, für die viertelparitätische Besetzung der Hochschulgremien ein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Ja, wir streben die paritätische Besetzung von Senat und Fakultätsräten an.

BSW

CDU

Nein.

Ja, die Mitbestimmung von Studierenden und Mitarbeitenden muss gestärkt werden, indem eine Viertelparität in den akademischen Gremien eingeführt wird.

SPD

Die SPD Sachsen möchte die Zusammensetzung des Erweiterten Senats als Wahlversammlung für Rektor:innen und Prorektor:innen ändern: Eine paritätische Zusammensetzung wird angestrebt, damit alle Mitgliedergruppen (Studierende, Professor:innen, akademisches Personal und andere Beschäftigte) gleichberechtigt an der Wahl der Hochschulleitung beteiligt sind.

	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Viertelparität einführen	Ja		Nein	Ja	(erw. Senat)

Sprechen Sie sich für eine verpflichtende Beteiligung der nichtprofessoralen Statusgruppen im Rektorat aus?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir befürworten eine Öffnung des Rektorats für nichtprofessorale Statusgruppen.

BSW

CDU

Nein.

Ja, wir setzen uns beispielsweise für studentische Prorektorinnen und Prorektoren im Rektorat ein.

SPD

Mit der Öffnung der Anzahl der Prorektor:innen und der Option zur Wahl dieser aus allen Mitgliedergruppen haben die Hochschulen die Möglichkeit zur Beteiligung der nichtprofessoralen Statusgruppen. Wir wollen vielmehr dem Senat als Kollegialorgan mehr Kompetenzen einräumen.

	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Nicht-Professorale Rektoratsmitglieder	(Ja)		Nein	Ja	k.A.

Die GEW ist eine feministische Gewerkschaft, welche die angemessene Beteiligung von Frauen in der Gesellschaft und im universitären Leben fordert. Setzen Sie sich für eine Frauenquote in allen gewählten Gremien, dem Rektorat und dem Hochschulrat ein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir arbeiten für eine Erhöhung des Frauenanteils in allen Leitungspositionen der Hochschulen, deswegen können Quoten ein Mittel zur Zielerreichung sein.

BSW

CDU

Nein.

Ja, in den Gremien der Hochschulen soll eine Quote von nicht-männlichen Mitgliedern eingehalten werden. Wir wollen eine geschlechtergerechte und inklusive Hochschule, das heißt auch: die Gleichstellungsbeauftragten und Inklusionsbeauftragten müssen angemessen ausgestattet werden. Für ihre Tätigkeit sind sie zu entlasten.

SPD

Ja, Quoten – auch bei der Besetzung von Gremien – sind aus unserer Sicht ein geeignetes Instrument, um Frauen in Führungsverantwortung zu stärken. Deshalb hat die SPD mit der letzten Hochschulgesetznovelle durchgesetzt, dass mindestens drei der stimmberechtigten Mitglieder einer Berufungskommission Frauen sein sollen.

Frauenquote in allen Gremien einführen	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Nein	Ja	Ja

Die Arbeit in hochschulischen Gremien, etwa im Senat oder im Fakultätsrat, ist sehr zeitintensiv. Viele Studierende und Lehrende müssen abwägen, ob sie sich eine Beteiligung in diesen Gremien leisten können. Die GEW sieht hierin ein ernsthaftes Beteiligungshindernis, welches zu einer mangelnden Repräsentanz führt. Werden Sie eine Aufwandsentschädigung für Studierende und eine verpflichtende Lehrdeputatsenkung für Lehrende in arbeitsintensiven Hochschulgremien anstreben?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Wir streben ein angemessenes Sitzungsgeld für studentische Vertreter*innen in hochschulgesetzlichen Gremien, Organen und Beauftragtenstellen an und werden geeignete Maßnahmen zur Anrechnung und stärkeren Wertschätzung von hochschulischem Engagement von Lehrenden identifizieren und implementieren.

BSW

CDU

Nein.

Ja. Studierende müssen für die Arbeit in den Gremien der Hochschulen ein angemessenes Sitzungsgeld bekommen und Lehrenden steht für ihr Engagement eine Lehrdeputatsenkung zu.

SPD

Die Regelung zur Entlastung bei ehrenamtlicher Gremientätigkeit, bspw. Aufwandsentschädigungen für Gremiensitzungen, soll auch in Zukunft den Hochschulen überlassen bleiben. Als SPD Sachsen werden wir darauf achten, dass die Regelungen zu Gremiensemestern eingehalten werden und diese bei Bedarf im Hochschulgesetz anpassen.

Aufwandsentschädigung/ Deputatsminderung für Gremienmitglieder	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
	Ja		Nein	Ja	nein*

D) MITBESTIMMUNG - DAMIT'S GUT FÜR ALLE WIRD

Gewerkschaften sind wichtige gesellschaftliche Akteure, die die Arbeitswelt mitgestalten. Die Hochschulräte, welche eine überwiegend beratende Funktion haben sollten, spiegeln die Gesellschaft aktuell kaum wieder. Setzen Sie sich für einen verpflichtenden Sitz des DGB und ggf. weiterer konkreter Akteur*innen in jedem Hochschulrat ein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE

Der Hochschulrat soll ein wichtiges beratendes externes Gremium werden, gesetzlich geregelte feste Sitze für bedeutende gesellschaftliche Gruppen sehen wir dabei auch aufgrund seiner Größe nicht vor.

Wir wollen den Hochschulrat abschaffen und zu einem Hochschulbeirat umgestalten, der nur eine beratende Funktion hat und Brücke in die Gesellschaft sein soll. In diesem Beirat sollten Gewerkschaften, Initiativen aus Stadt und Land sowie hochschulnahe Vereine etc. beteiligt werden.

BSW

CDU

Nein.

SPD

Die Zusammensetzung der Hochschulräte sollte weiterhin nach dem jeweiligen Profil der Hochschule erfolgen und durch das Zusammenwirken von Wissenschaftsministerium und Hochschule entstehen. Für die Duale Hochschule mit besonderen Interessen im Bereich der praktischen, betrieblichen Ausbildung ist ein fester Sitz des DGB im Hochschulrat anzustreben.

	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Gewerkschaft im Hochschulrat	Nein		Nein	(Ja)	k.A.*, DHS ja

FAZIT / ÜBERSICHT

A) BESCHÄFTIGTE - GUTE ARBEIT UND GUTE LEHRE HAND IN HAND	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Postdoc-Befristung nur mit Anschlusszusage	Ja		Nein	Ja	k.k.A.
Befristungsanteil Mittelbau	k.k.A.		k.A.*	k.k.A.	55% ohne DrM
Mehr Haushaltsmittel statt Drittmittel	k.A.		Nein	Ja	k.A.
Departmentprinzip	Ja		Nein	Ja	Ja
Lehrdeputat LfBA	k.k.A.		k.A.	18	20 bzw 14
Lehrdeputat Lektor*innen	k.k.A.		k.A.	12	12
Rechtsfremde LfBA-Beschäftigung abschaffen	k.k.A.		k.A.	k.k.A.	k.k.A.
Lehrbeauftragte zu Tarifbeschäftigten	(Ja)		Nein	Ja	k.A.
SHK/WHK nur für Forschung und Lehre	Ja		Nein*	Ja	Ja
SHK/WHK-Lohn am Höchstsatz orientieren	Ja		k.A.*	Ja	Ja

<u>B) LEHRER:INNENBILDUNG - FÜR EINE NACHHALTIGE LEHRKRÄFTEAUS- UND FORTBILDUNG</u>	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Lehrer*innenbildungsgesetz einführen	Ja		Nein	Ja	Ja
Stufenausbildung im Lehramt	Ja		Nein	Ja	Ja
Zentren für Lehrer*innenbildung stärken	Ja		Ja	Ja	Ja
Praktikumskosten für Lehramtsstudierende in Bedarfsregionen übernehmen	Ja		Nein	Ja	k.A.

<u>C) STUDIERENDE - UNSERE ZUKUNFT</u>	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Abschaffung aller Studiengebühren	Ja		Nein	Ja	(Ja)
Akkreditierungspflicht einführen, inkl. Staatsexamina	Ja, Ja		Nein	Ja, Ja	(Ja), Ja
Mehr Prüfungsversuche	k.A.		Nein	Ja	k.A.
Mehr Zuschüsse für Studierendenwerke	k.k.A.		k.A.	k.k.A.	k.k.A.
Mindestvergütung für Dual Studierende	Ja, k.A.		Nein	Ja, 80%TV	Ja, BAföG

<u>D) MITBESTIMMUNG - DAMIT'S GUT FÜR ALLE WIRD</u>	B90/ DIE GRÜNEN	BSW	CDU	DIE LINKE	SPD
Viertelparität einführen	Ja		Nein	Ja	(erw. Senat)
Nicht-Professorale Rektoratsmitglieder	(Ja)		Nein	Ja	k.A.
Frauenquote in allen Gremien einführen	(Ja)		Nein	Ja	Ja
Aufwandsentschädigung/ Deputatsminderung für Gremienmitglieder	Ja		Nein	Ja	nein*
Gewerkschaft im Hochschulrat	Nein		Nein	(Ja)	k.A.*, DHS ja

IMPRESSUM

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Bereich Hochschule und Forschung GEW Sachsen
 Nonnenstraße 58 | 04229 Leipzig
 Tel. 0341/43859-20 | bv-huf@gew-sachsen.de |
www.gew-sachsen.de/bv-huf
 Redaktion: Mathias Kuhnt, Monika Diecke & Felix Fink
 Gestaltung: Mine Hänel
 Juli 2024

LEGENDE DER TABELLE

k.k.A. - keine konkrete Angabe,
 * - Hochschulen sollen dies selbst regeln